

Beitrag für die "Speakers' Corner" zum Klimaschutz, veranstaltet am 3. Mai 2010 vom Dortmunder Umweltamt

Lassen Sie sich von mir einmal kurz in die Niederungen der Kommunalpolitik entführen. Mein Name ist Heiko Holtgrave, ich bin Mitglied des Bündnisses **Demokratische EnergieWende kommunal** – kurz: „DEW kommunal“ genannt.

Das Bündnis besteht aus Einzelpersonen sowie einigen Dortmunder Gruppen und Parteien, darunter attac Dortmund, der Mieterverein und die Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke. Gegründet wurde dieser Zusammenschluss Mitte 2008. Auf die Gründe für den Zusammenschluss komme ich gleich zu sprechen.

Das Bündnis ist bislang insbesondere durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Erscheinung getreten. Die letzte fand vor genau 1 Woche statt, mit den OB-Kandidaten Sierau, Krüger und Manz.

Ziel unseres Engagements ist, in dieser Stadt ein politisches Klima herzustellen, das eine Umorientierung in der kommunalen Energiepolitik befördert. Wir setzen uns ein für eine soziale und auf Nachhaltigkeit beruhende Energieversorgung, basierend auf einer dezentralen Erzeugungsstruktur und einem möglichst hohen Anteil aus regenerativen Energien bzw. aus Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Und wir wollen den kompletten Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie. Als ersten Schritt dahin halten wir eine vollständige Rekommunalisierung der Dortmunder Energieversorgung für unabdingbar.

I.

Die wenigsten Menschen in der Stadt – eigentlich nur eine kleine Gemeinde von Eingeweihten – wissen bislang Bescheid, dass in Dortmund in Kürze wichtige Entscheidungen zur Zukunft der Energieversorgung anstehen:

1. Der DEW-Gesellschaftsvertrag läuft Ende 2014 aus. Damit fällt die Versorgung der Dortmunder Haushalte und Betriebe mit elektrischem Strom automatisch an die Dortmunder Stadtwerke zurück, sofern nicht beide Parteien einvernehmlich den Wunsch erklären, den Vertrag zu verlängern.
2. Eine Verlängerung würde kartellrechtlich wie ein Neuvertrag behandelt. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Kartellbehörde erneut eine 47-prozentige Beteiligung der RWE am Kommunalversorger durchgehen ließe, ist nach den Entscheidungen der letzten Jahre in vergleichbaren Fällen recht gering. Zu beachten in diesem Zusammenhang: Mit der gesellschaftsrechtlichen Beteiligung eng verknüpft ist die Rolle der RWE als (privilegierter) Vorversorger der DEW.

3. Unabhängig von der kartellrechtlichen Bewertung bietet das Auslaufen des Gesellschaftsvertrags im Jahr 2014 der kommunalen Selbstverwaltung die einmalige Chance, energiepolitisch umzusteuern und Dortmund – zumindest auf mittlere Sicht - auf eine Energieversorgung umzustellen, die sich umweltspezifischen, sozialen und kommunalwirtschaftlichen Aspekten gleichermaßen verpflichtet fühlt.
4. Die entscheidenden Weichenstellungen für einen solchen Wechsel wären bereits in den kommenden 2-3 Jahren durch Rat und Verwaltung zu treffen. Später dürfte nicht mehr viel zu bewegen sein, denn, wenn wirklich eine Neuorientierung anvisiert werden soll, sind bis Ende 2014 eine Menge praktische Dinge zu regeln – von der Suche nach neuen Bezugsquellen und Kooperationspartnern, über Wertermittlungen (Wert des von der RWE gehaltenen Geschäftsanteils) bis hin zu personalwirtschaftlichen Vorbereitungen, der Überleitung von Verträgen, notwendigen Weiterbildungen, usw.

Bis es so weit ist, fließen von jedem Euro, den die DEW21 in Dortmund am Verkauf von Gas, Wasser und Strom verdienen, 47 Cent an den Atomkonzern RWE in Essen.

II.

Der reine Stromverbrauch (einschl. seiner Erzeugung) trägt in Dortmund immerhin mit 21 Prozent zur CO₂-Produktion bei (0,93 Mio. Jahrestonnen 2008; eigene Berechnungen auf Grundlage von DEW-Angaben). Hierbei ist nur der von den DEW gelieferte Strom einbezogen; der Marktanteil der DEW in Dortmund beläuft sich nach Angaben von Insidern jedoch immer noch auf 93 bis 94 Prozent.

Dortmund hat sich – wie zahlreiche weitere deutsche und europäische Städte – im Jahr 2008 per Ratsbeschluss dazu verpflichtet, die örtliche CO₂-Belastung bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 40 Prozent zu senken. Eine respektable und gleichzeitig ehrgeizige Willenserklärung (der Beschluss erfolgte immerhin noch vor Beginn der großen Finanz- und Wirtschaftskrise!). Einzubeziehen in einen solchen Plan wären sämtliche klimarelevanten Sektoren, logischerweise - in Anbetracht der zuvor aufgezeigten Bedeutung - also auch der örtliche Energieverbrauch und die zugehörige Energieerzeugung.

Nach den bisherigen Ergebnissen der EEB Enerko GmbH (Auftragnehmerin im Rahmen der Erstellung des Handlungsprogramms Klimaschutz) ist Dortmund diesbezüglich noch nicht weit gekommen:¹

- Der Gesamt-Ausstoß an CO₂ belief sich im Jahr 2007 auf 4,4 Mio. Tonnen, mithin 73 Prozent des Ausstoßes im Jahr 1990 (6,0 Mio. t) - Daten gemäß „Verursacherbilanz“.
Der Rückgang seit 1990 spiegelt in erster Linie das Verschwinden der Montanindustrie wieder und ist weniger das Ergebnis von öffentlichem

¹ s. Vortragsmanuskript der EEB Enerko zur Auftaktveranstaltung am 26.10.2009 und Ratsdrucksache Nr. 00770-10 v. 22.3.2010

Handeln.

Seit 2007 ist der Ausstoß vermutlich – die Zahlen liegen mir noch nicht vor – noch ein wenig weiter gesunken. Aber auch hier ist Vorsicht angesagt: Der krisenbedingte, und damit nur vorübergehende, Rückgang von Wirtschaftsaktivität ist mit ins Kalkül zu ziehen!

- Berechnet man die CO₂-Belastung nach dem Territorialprinzip (sog. Quellenbilanz), liegt die Belastung noch um (mindestens) 10 Prozent höher. Größter Emittent war und ist vermutlich noch heute das Kraftwerk Knepper im Nordwesten, mit allein fast 2 Mio. Jahrestonnen Kohlendioxid (2005).
- Zur Herkunft des hier verbrauchten elektrischen Stroms: Nach DEW-Angaben beträgt der Anteil der Erzeugung von Strom aus fossilen Trägern in Dortmund 56 Prozent, aus Atomenergie 19 Prozent (2008, nur DEW-Strom).
- 25 Prozent sollen demnach aus regenerativen Energien stammen, davon aus den überörtlichen Netzen eingespeister EEG-Strom 17,1 %². Nur 5,2 Prozent des hier verbrauchten EE-Stroms (aus DEW-Lieferungen) wird in Dortmund erzeugt. Sowohl im Strom- als auch im Wärmemarkt rangiert Dortmund, was EE angeht, weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Von den Angeboten des hiesigen Strom-Grundversorgers DEW21 ist nach unserer Einschätzung nur das „Prima-Klima“-Angebot klimapolitisch eindeutig ‚clean‘ - Gesamtabnahme allerdings nur 285 Tsd. KWh p.a. (Angabe für 2007³); plus die künftigen Strombezüge aus den geplanten Neuerwerbungen in Sachsen-Anhalt und Waltrop.

Bei dem Strom aus dem Grünstrom-Angebot der DEW (unser strom.grün) hegen wir den Verdacht, dass es sich dabei um ein reines Placebo handelt. Mittels einfacher Umetikettierung per RECS-Zertifikat wird Strom aus Kohle oder Kernenergie hierzulande aufgehübscht, während die Norweger dafür „grauen“ Wasserstrom behalten.

Und eine zusätzliche Bemerkung: Solange die DEW21 mit RWE verbandelt sind und überwiegend deren schmutzigen Strom aus Kohle und Atom vertreiben, neigen umweltbewusstere Teile der Bürgerschaft dazu, gleich ganz den Anbieter zu wechseln. Hin zu einem reinen Ökostromer.

III.

Mit dem Multi RWE zusammen ist ein klimapolitisches Umsteuern bekanntermaßen nicht zu machen. Von daher drängen wir darauf, die Beteiligung der RWE an der

2 s. Bericht der Dortmunder Energie- und Wasserversorgung GmbH nach § 15 Abs. 2 Nr. 2 EEG zum EEG-Belastungsausgleich im Jahr 2008; <http://www.dew21.de/Default.aspx/g/621/1/1031/r/-1/t/485133/lz/EEG-Belastungsausgleich/on/485133/a/11/id/668947>

3 Quelle: Website KommEN der EnergieAgentur.NRW (nach DEW-Angaben)
http://www.kommen.nrw.de/projekt_detail.asp?InfoID=6774&rubrik=&termin=&TopCatID=&RubrikID=

Dortmunder Stromversorgung spätestens zum Jahreswechsel 2014/2015 zu beenden.

Der Konzern hat einfach anderes im Sinn.

RWE betreibt im großen Stil Geschäfte mit Atomkraft:

- RWE betreibt fünf der 17 Atomkraftwerke in Deutschland und will weitere AKWs im Ausland bauen und betreiben.
- RWE legt derzeit alles darauf an, für die Alt-Anlage Biblis A eine Laufzeit-Verlängerung herauszuschlagen.
- RWE ist Anteilseigner an der einzigen Urananreicherungsanlage in Deutschland und Mit-Gesellschafter am Brennelement-Zwischenlager in Ahaus.

Durch seine zahlreichen Braunkohle- und Steinkohlekraftwerke gilt der Konzern als der größte Luftverschmutzer in Europa.

Der RWE-Konzern hat nachgewiesenermaßen

- kein Interesse an dezentraler Energieerzeugung
- kein Interesse an EE und KWK – wenn überhaupt, dann aber bitte gleich in die Vollen!
- kein Interesse, mehr Geld in die Netze zu stecken, als unbedingt nötig

aber natürlich:

So ein – bislang todsicheres – Absatzgebiet für seinen schmutzigen Strom wie Dortmund gibt der RWE-Konzern nicht gerne auf.

IV.

Rekommunalisierung ist nicht die Lösung, aber eine wichtige Voraussetzung, um auf kommunaler Ebene wieder mehr Spielräume zu gewinnen und den Klimaschutzgedanken voranzutreiben

Seit Mitte dieses Jahrzehnts mehren sich die Meldungen, wonach Städte und Gemeinden auslaufende Konzessionsverträge zum Anlass nehmen, die Strom- und Wasserversorgung wieder in eigene, kommunale Hände zu nehmen. Mal steckt dahinter eine Bürgerinitiative mal ein einzelner Bürgermeister, mal eine ganze Gruppe von Ortsvorstehern, die die Nase vom Geschäftsgebahren der vier Energiegiganten RWE, E.on, Vattenfall und EnBW gestrichen voll haben.

Die Gewichte werden unterschiedlich gesetzt, aber fast in allen Fällen spielen neben wirtschaftlichen Motiven auch Umwelt- und Verbraucherschutzgründe eine Rolle. Man will näher am Verbraucher dran sein und ihm einen besseren Service bieten, und man will mehr Möglichkeiten haben, selbst erzeugten Strom einzuspeisen. Die Wertschöpfung soll möglichst in der Region bleiben.

Der etwas sperrige Begriff Re-Kommunalisierung hat inzwischen eine steile Karriere hinter sich und es beispielsweise zu einem eigenständigen Wikipedia-Eintrag

gebracht. Und er ist zu einer Art Reizwort in den Chefetagen der privaten Ver- und Entsorgungswirtschaft aufgestiegen. Die sehen ihre Felle schwimmen.

Städte wie Hamburg, München und Münster/Westfalen sind auf dem Weg. In Münster zeichnet sich ein vorzeitiger Ausstieg aus dem GEKKO-Projekt ab. Aber auch in unserer unmittelbaren Nachbarschaft geht man mit Kommunalisierungsabsichten schwanger: nach Bergkamen jetzt auch eine Gruppe von Gemeinden im Münsterland wie auch im Sauerland. Zum Teil sind sie sogar dabei, erstmals in ihrer Geschichte eigene Stadtwerke aufzubauen. Der Trend zum eigenen Stadtwerk ist bundesweit unverkennbar – vorbei sind gottlob die Zeiten, als die Konzessionen nur eine Formalie waren und die Gemeinderäte das Thema möglichst schnell vom Tisch haben wollten.

V.

Und in Dortmund? Was hat sich diesbezüglich in den letzten zwei Jahren getan? Praktisch noch nicht so ganz viel, oder sagen wir genauer: Widersprüchliches.

- Ein richtungweisender Beschluss des Unterbezirks der SPD vom März 2009 zur Kommunalwirtschaft (die SPD stellt immer noch die stärkste Fraktion im Rat der Stadt Dortmund). Danach wird mit Blick auf die Energieversorgung Dortmunds angestrebt, den „Einfluss der Kommune auf das städtische Energieunternehmen DEW21 zu erweitern“, um mehr Spielräume bei der Wahl des Energieträgers zu gewinnen und die Aspekte „wirtschaftliche Stabilität, Umweltverträglichkeit und soziale Ziele besser miteinander (...) verbinden“ zu können.⁴
- Ein neuer Vorstandsvorsitzender bei den DEW21, Dr. Brinkmann, der erkennbar neue Töne anschlägt: mehr Eigenerzeugung, jüngst: Ankauf von Windkraftanlagen in Sachsen-Anhalt und der Nachbargemeinde Waltrop (geplant)

Andererseits:

- spielten Klimaschutz und Energiewende im Wahlkampf der Dortmunder SPD nach unseren Beobachtungen – anders als etwa bei den Grünen und bei der Linken – nur eine untergeordnete Rolle
- tauchte im SPD-Kommunalwahlprogramm - wie auch in Anzeigen und Info-Blättern dieser Tage – trotz der oben genannten Vorgaben des „kleinen“ Parteitags nicht ein einziges Wort auf, das explizit die demnächst anstehenden Entscheidungen zur Energieversorgung angesprochen hätte – die entsprechenden Passagen (S. 30 ff.) wirken merkwürdig zeitlos.
- wurden in den letzten 12 Monaten zusätzliche Anteile am RWE-Konzern im Wert von 116,7 Mio. € erworben (durch die Stadtwerke, mit Billigung des Rats) – und damit die Interessenverflechtung Dortmunds mit dem Energiemulti noch verstärkt.

⁴ „Stärkung unserer kommunalen Unternehmen“, Beschluss des Parteitags am 24.3.2009, im Internet nachzulesen unter: <http://www2.spd-dortmund.de/web/guest/aktuelles>

Das alles lässt uns befürchten, dass das Thema von der Kommunalpolitik einfach ausgesessen werden könnte. Mit stillschweigender Rückendeckung der betreffenden Versorgungsunternehmen und seiner Belegschaftsvertretungen. So wie in der ersten Hälfte der 90er Jahre. Damals verschwanden die Rekommunalisierungspläne der Dortmunder SPD quasi über Nacht in den Schubladen.

Belegschaftsvertreter der DEW21 versuchen, auch im Gespräch mit uns, den Ball erkennbar flach zu halten. Einerseits zeigen sie, zumindest in Teilen, Verständnis für unsere klimapolitischen Anliegen, andererseits herrscht Skepsis gegenüber größeren Veränderungen, insbesondere gegenüber allen Wünschen, den Einfluss der Stadt – zulasten der RWE – auf die Energieversorgung zu erweitern. Völlig zu Unrecht befürchten sie, dass ihre Arbeitsplätze in Gefahr geraten könnten. Dabei haben die DEW die ganzen Jahre über Personal abgebaut!

Es gilt also noch so manches dicke Brett zu durchbohren.

Wir versprechen: Wir werden uns mit eigenen Maßnahmen und Vorschlägen an der Energiewende beteiligen (und dann ggfs. auch für den DEW-Strom werben), sobald wir den Eindruck haben, dass Stadt und Stadtwerke es ernst meinen und sich von RWE als Anteilseigner trennen wollen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Heiko Holtgrave, Akoplan
Mitglied im Bündnis *DEW kommunal*